

Integrationspolitik in Neukölln¹

Präambel

Integrationspolitik vollzieht sich weder von allein noch ist sie die Angelegenheit Einzelner. Sie ist vielmehr ein hochkomplexer wie hochsensibler Vorgang, der eine offene und aufnahmebereite, aber auch konfliktfähige Gesellschaft erfordert.

Die Hinzukommenden hingegen müssen Integrationswilligkeit, Lernfähigkeit und Anpassungsbereitschaft mitbringen. Für die individuell beteiligten Personen können die einzelnen Schritte bis zur erfolgreichen Bewältigung dieses Prozesses, also bis zum Abschluss einer erfolgreichen Integrationskarriere als anstrengend, widersprüchlich und voller Zweifel empfunden werden einschließlich einer Identitätsreflexion. Die Aufnahmegesellschaft läuft gleichzeitig immer Gefahr, aus Gleichgültigkeit Ignoranz und Überfremdungsängsten die notwendigen Anstrengungen zu unterschätzen oder auch zu unterlassen, die Migranten zu über- oder unterfordern bis zu falsch verstandener Liberalität, die Integrationsnotwendigkeit in die Beliebigkeit zu stellen. Die Folgen gescheiterter Integrationspolitik sind immer gefährdete bzw. verlorene Wohnquartiere einerseits und misslungene Lebensentwürfe und Lebensverläufe andererseits. Schuldzuweisungen erfolgen stets wechselseitig in Form der beklagten Opferrolle wie der postulierten Integrationsverweigerung.

*In Neukölln versuchen wir, diesen Zyklus zu durchbrechen. Dieses ehrgeizige Vorhaben kann weder in Neukölln noch gesamtgesellschaftlich durch singuläre Aktionen oder Einzelkämpfer zum Erfolg geführt werden. Nur ein Netzwerk mit umfassenden Kompetenzen, vielfältigen Ansätzen und Möglichkeiten, gebündelten Ressourcen, auf und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen ist in der Lage, die multiplen Herausforderungen zu meistern. In Neukölln besteht dieses Netzwerk aus so gut wie allen **Akteuren des Sozialraums**. Öffentliche wie freie Träger, Bezirks-, Landes- und Bundesinstitutionen, Verbände und Vereine, politische Initiativen wie bürgerschaftliches Engagement, deutschstämmige Bürger wie Neuköllner mit Migrationshintergrund arbeiten gemeinsam am Laboratorium Neukölln, einem Schmelztiegel und Dienstleister der Integration für die Gesamtstadt.*

In Neukölln ist fast die ganze Welt zu Hause. Rund 40 % der über 300.000 Einwohner sind selbst eingewandert oder stammen aus einer Einwandererfamilie.

Im Norden des Bezirks wachsen 80 Prozent der Jugendlichen unter 18 Jahren in Einwandererfamilien auf. Insgesamt wohnen hier Menschen aus über 160 Nationen. In den sechziger Jahren kamen viele so genannte Gastarbeiter vor allem aus der ländlichen Türkei und zogen in die Altbauquartiere zwischen der Karl-Marx-Straße und dem S-Bahn-Ring. Hier standen viele Wohnungen leer, weil sich die deutschen Familien Häuser im südlichen Teil des Bezirks gebaut hatten oder die neuen Hochhäuser in der Gropiusstadt attraktiver fanden. In den achtziger und neunziger

¹ Dieses Papier entstand in einem partizipativen Prozess mit dem Migrationsbeirat Neukölln.

Jahren lösten Familien aus dem arabischen Raum die türkischen Familien in den Altbauvierteln ab, darunter viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, Palästina und Syrien. Auch Menschen, die den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien entflohen waren, kamen hinzu. Die türkischen Familien, die den sozialen Aufstieg geschafft hatten, folgten nunmehr den Deutschen in den ruhigeren, südlichen Teil des Bezirks.

Neukölln ist deshalb wie kein anderer Berliner Bezirk geprägt von Zuwanderung, aber auch von sozialen Verwerfungen wie Armut und Arbeitslosigkeit.

Bei den Flüchtlingsfamilien kam hinzu, dass ihnen zunächst aufgrund der Asylregelungen verboten war, zu arbeiten. In der Folge fiel es vielen Familien sehr schwer, beruflich Fuß zu fassen. Einige Familien wollten wohl auch nicht und richteten sich im Sozialsystem ein, da sie kein Interesse daran hatten, in der deutschen Gesellschaft aufzusteigen.

Die Folge ist bis heute der Rückzug in die eigene ethnische Gemeinschaft. Viele der ungelerten Arbeiter, die in den sechziger Jahren gekommen waren, haben in den neunziger Jahren ihre Arbeitsplätze verloren, da in Neukölln zahlreiche Unternehmen schließen mussten. Diese Entwicklungen sowie die Struktur und soziale Spreizung - auch der einheimischen Bevölkerung, führten dazu, dass heute im Gesamtbezirk fast jeder Dritte seinen Lebensunterhalt mit Sozialleistungen bestreitet, in Nord-Neukölln sind es über die Hälfte der Bewohner. Viele Eltern reichen zudem das eigene niedrige Bildungsniveau an ihre Kinder weiter, so dass über die Hälfte der Jugendlichen aus Einwandererfamilien die Schule ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss verlässt und auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance hat.

Neukölln ist zunehmend geprägt von sozialer und ethnischer Entmischung, wie **zwei Studien** des Stadtsoziologen Hartmut Häußermann belegen. „Die Bevölkerung stimmt mit dem Möbelwagen ab“, bringt es Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) auf den Punkt. „Wer möchte, dass seine Kinder eine gute Bildung bekommen und sozial aufsteigen, der zieht aus Nord-Neukölln weg, sobald die Kinder eingeschult werden. Zurück bleiben in hohem Maße bildungsferne Familien, die das Sozialsystem als Lebensgrundlage adaptiert haben und deren Perspektive ein Leben mit Harz IV heißt. Die zugewanderten Neuköllner haben ihre eigenen Traditionen und Lebensstile mitgebracht, die nicht immer mit denen der einheimischen Berliner harmonieren. Deshalb brauchen wir Strategien, die das Zusammenleben regeln und die Segregation der Ethnien und Kulturen innerhalb des Bezirks, den Rückzug von Einwandererfamilien in Parallelgesellschaften, aufhalten. Rahmen und Basis für diese Strategien sind nicht ein abstrakt formuliertes Integrationskonzept. Neukölln lebt in der Praxis von der Regelung der kleinen und großen Probleme vor Ort, getragen von engagierten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.“

Unsere Integrationsleistung folgt einer Vision. Wie sieht diese Vision aus?

Neukölln ist eine solidarische, offene und liberale Stadtgesellschaft, für die alle Bürger Verantwortung tragen. Die Verständigung zwischen den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen und der gegenseitige Respekt ist die Grundlage von Integration. Klare Regeln führen dazu, dass keine Gruppe über eine andere dominiert und sich alle ohne Angst begegnen.

Maßnahmen stärken die Fähigkeiten aller in Neukölln lebender Menschen, unabhängig von Nationalität, kultureller Herkunft, Hautfarbe, Alter, Geschlecht, Religion, Weltanschauung und sexueller Neigung, unabhängig auch von Behinderung oder Krankheit.

Die Teilhabe aller Neuköllner an den gesellschaftlichen Kernbereichen ist gewährleistet. Zu den Kernbereichen zählen wir Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnraum, Gesundheitsversorgung sowie das kulturelle Leben und die politische Partizipation. Alle Menschen haben eine faire Chance, ein eigenes, selbst bestimmtes Leben in unserem Bezirk zu führen. Sie nehmen ihre demokratischen Rechte wahr, erfüllen ihre Pflichten und bringen sich tolerant und demokratisch in unsere Gemeinschaft ein. Die Wohnquartiere sind sozial und kulturell durchmischt und haben eine hohe Aufenthaltsqualität. Bildungsbewusste Familien wohnen gerne hier. Es gibt viele Orte der Begegnung und des Austauschs.

So sehen wir das Neukölln der Zukunft.

Die Vision umschreibt unser Verständnis von Integration. Wie definieren wir Integration?

Unter Integration verstehen wir die Eingliederung und Einbindung aller Einwanderer in die gesellschaftlichen Kernbereiche der Aufnahmegesellschaft, aber auch die Einbindung in das kulturelle Leben und die politische Partizipation. Integration passiert nicht von alleine, sondern ist ein dynamischer Prozess, der gesteuert, finanziert und durchgesetzt werden muss. Die Integration der Zuwanderer ist für uns in Neukölln essentiell. Integration ist deshalb Chefsache und zugleich Querschnittsaufgabe, die alle öffentlichen Institutionen betrifft. Erfolge sind nicht schnelllebig von heute auf morgen zu erzielen. Der Prozess der Eingliederung und Einbindung der Zuwanderer braucht einen langen Atem. Damit Integration gelingt, müssen alle Bürger verstehen, was von ihnen erwartet wird, welche demokratischen Rechte und Pflichten sie haben.

Deshalb muss Integration eine klare Sprache sprechen. Das Gelingen von Integration setzt außerdem soziale Kompetenz und Dialogfähigkeit voraus. Integration spielt sich im Alltag ab und nicht in akademischen Seminaren. Auf der Straße und im Treppenhaus entscheidet sich, ob Nachbarn „Guten Tag“ sagen oder die Straßenseite wechseln und sich grußlos aneinander vorbei schieben. Deshalb muss sich Integrationspolitik an den realen Lebenssituationen orientieren. Alle tragen Verantwortung dafür, dass Integration gelingt: die Zuwanderer genauso wie die Einheimischen, Politiker genauso wie Mitarbeiter von Behörden, Schulen und Verbänden. Bei der Integration richten wir unser besonderes Augenmerk auf die Kinder. Denn sie sind die Zukunft unseres Bezirks und zugleich die Schwächsten der Gesellschaft. Wie human eine Gesellschaft ist, misst sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht.

Den Prozess der Eingliederung und Einbindung der Einwanderer steuern wir mit gezielten Strategien. Diese Strategien machen unsere Integrationspolitik aus. Dabei gelten folgende **zehn Grundsätze**.

- 1. Alle Menschen in Neukölln leben nach den Werten und Regeln der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Es gilt der Grundsatz der sozialräumlichen Mischung.**
- 2. Wir nehmen Zuwanderer als gleichberechtigte und gleichverantwortliche Partner ernst.**
- 3. Jeder erhält die Chance auf einen eigenen Lebensentwurf und ein selbstbestimmtes Leben.**
- 4. Ein tolerantes Neukölln akzeptiert jeden und hat klare Regeln. Wer gegen diese Regeln verstößt, muss mit Intervention der Gemeinschaft rechnen.**
- 5. Leistungsbereitschaft und die eigenen Fähigkeiten wie Kompetenzen sind der Motor für den gesellschaftlichen Aufstieg.**
- 6. Bildung ist der Schlüssel zur Integration.**
- 7. Integrationspolitik kann nie durch Projektpolitik gelingen.**
- 8. Regelsysteme müssen sich dem Bevölkerungswandel anpassen.**
- 9. Unsere Integrationspolitik orientiert sich an den konkreten Lebenslagen und Problemen der Menschen.**
- 10. Wir definieren und lösen Probleme gemeinsam.**

Zu den Grundsätzen im Einzelnen und den Maßnahmen, die daraus folgen:

- 1. Alle Menschen in Neukölln leben nach den Werten und Regeln der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Es gilt der Grundsatz der sozialräumlichen Mischung.**

Das Grundgesetz und die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gelten für alle in Neukölln lebenden Menschen. Alle akzeptieren die darin enthaltenen Werte und Regeln einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft und leben danach.

Das bedeutet nicht, dass muslimische Frauen das Kopftuch ablegen und alle Christen werden müssen. Das bedeutet auch nicht, dass alle einer abstrakten deutschen Leitkultur zu folgen haben. Das bedeutet aber sehr wohl, dass sich keine Gruppe außerhalb dieser Grundordnung stellen und in einer Parallelgesellschaft nach eigenen Normen und Traditionen leben darf.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung basiert auf Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Grundsatz bezieht sich auf die Würde jedes

Menschen, unabhängig von Religion, Herkunft, Weltanschauung, Alter, Geschlecht, Krankheit oder sexueller Orientierung. Das heißt, auch die Würde derer ist unantastbar, die in den Augen anderer als „Ungläubige“ gelten, erklärte Atheisten oder homosexuell sind. Das bedeutet auch, dass Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich sind. Auch Mädchen dürfen frei entscheiden, ob und welchen Beruf sie ergreifen, ob und welchen Mann sie heiraten. Zwangsehen verstoßen gegen unsere freiheitliche Grundordnung.

Das Grundgesetz beinhaltet auch die Schulpflicht für alle Kinder und die Pflicht der Eltern, sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern. Wer sein Kind nicht ernährt, nicht kleidet und nicht in die Schule schickt, verstößt gegen diese Pflicht.

Das Berliner Schulgesetz legt auch fest, dass Mädchen am Schwimmunterricht teilnehmen müssen. Wer seine Tochter aus religiösen Gründen vom Schwimmunterricht fernhält, verstößt gegen das Schulgesetz.

Unsere Verfassung postuliert den Grundsatz der Religionsfreiheit. Deshalb hat jeder das Recht, seinen Glauben zu praktizieren. Daraus folgt aber auch die Pflicht, andere Glaubensgemeinschaften zu respektieren und diejenigen zu achten, die frei von Religion leben wollen. Jede Gemeinschaft darf eigene Gotteshäuser bauen. Auch das beinhaltet der Grundsatz der Religionsfreiheit. Die Moscheen, Kirchen und Tempel baut nicht der Staat, sondern die jeweilige Glaubensgemeinschaft. Dabei richtet sie sich nach den geltenden Bauvorschriften und Gesetzen.

Es ist uns wichtig, dass alle Menschen in Neukölln die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht nur akzeptieren, sondern sich mit ihnen identifizieren. Wir wollen es mit den Worten des früheren Vizekanzlers Franz Müntefering ausdrücken: „Verfassungspatriotismus ist keine rein deutsche Angelegenheit. Sie ist Sache aller, die hier leben. Wer hier im Lande bleiben will, muss das akzeptieren. Er muss sich zur Verfassung bekennen und sie praktizieren.“

Für uns gilt der Grundsatz der sozialräumlichen Mischung. Nach den Erkenntnissen zweier wissenschaftlicher Studien, wächst im Norden Neuköllns die Gefahr der sozialen Ausgrenzung ganzer Stadtlagen rasant. Hier konzentrieren sich über 160 Nationen mit überwiegenden Gruppen von Einwanderern aus der Türkei und arabischen Minderheiten. Mehr als jeder Zweite stammt hier aus einer Einwandererfamilie, jeder Zweite lebt von Arbeitslosengeld oder Transferleistungen. 45 Prozent der unter 25-Jährigen beziehen Hartz IV. Es gibt Schulen, bei denen kaum ein Elternteil im Erwerbsleben steht. Die Zahl der Intensivtäter steigt. Mit dieser Situation wollen und dürfen wir uns nicht abfinden und entwickeln Strategien, um die betroffenen Gebiete zu stabilisieren, um so einer weiteren Stigmatisierung der Quartiere entgegenzuwirken.

Neben den bedrückenden Realitäten darf aber nicht übersehen werden, dass es in Neukölln-Nord auch drei staatliche Gymnasien gibt, die von 1.900 Schülern besucht werden, von denen wiederum 70 Prozent einen Migrationshintergrund haben. Bedauerlicherweise verlassen diese jungen Menschen mit Vorbildfunktion meist das Wohnquartier nach dem Abitur oder während des Studiums. Die fast naturgesetzmäßige Segregation der Zuwanderermilieus vollzieht sich auch hier.

Wir versuchen sicher zu stellen, dass die Bildungsinstanzen im Quartier besser in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben, insbesondere die Sprachvermittlung, zu erfüllen. Der geplante Campus Rütli ist ein Beispiel dafür. Nur wenn wir die besten Schulen in Neukölln haben, werden wir verhindern, dass bildungsbewusste Eltern weiter den Bezirk verlassen, sobald die Kinder eingeschult werden. Mit jedem Wegzug verlässt soziale Kompetenz den Bezirk.

2. Wir nehmen Zuwanderer als gleichberechtigte und gleichverantwortliche Partner ernst.

Ziel von Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Neuköllner am zivilgesellschaftlichen Leben.

Dies setzt voraus, dass wir alle im Bezirk lebenden Menschen in ihren Fähigkeiten aktivieren und sie als gleichberechtigte, verantwortungsbewusste Partner ernst nehmen. Deshalb sprechen wir nicht *über* Einwanderer, sondern *mit ihnen*.

Wir arbeiten mit den Vereinen, Verbänden und Kulturzentren der unterschiedlichen ethnischen, religiösen und gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Voraussetzung ist das Bekenntnis der jeweiligen Organisation zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Auch die Verwaltung muss den Bevölkerungswandel mitvollziehen. Deshalb setzen wir uns für die interkulturelle Öffnung des Bezirksamtes ein, indem wir verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden. Zur Zeit stammen 30 Prozent der Auszubildenden aus Einwandererfamilien. Im Bereich der Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten sind es 45 Prozent. Mit einer speziellen Schulung in Kooperation mit der Arbeitsagentur und dem Qualifizierungsträger TIO werden die jungen Zuwanderer auf ihre Aufnahmeprüfung vorbereitet. Während der Ausbildung nehmen alle an Seminaren teil, um ihre Wissenslücken zu schließen und sich gewissenhaft auf die Abschlussprüfung vorzubereiten. Das Bezirksamt Neukölln bildet von allen öffentlichen Ausbildungsbetrieben, abgesehen von der Polizei mit einem zehnfach größeren Personalkörper, die meisten jungen Migranten aus. Bei uns umfasst Handlungsorientierung alle Bereiche. Diese Haltung haben wir auch in unser Leitbild zur interkulturellen Öffnung aufgenommen.

Da Integration auch viel mit Emotionen zu tun hat, fördern wir eine Willkommenskultur, indem wir zum Beispiel Einbürgerungen nicht als bürokratischen Akt vollziehen, sondern als ein bedeutsames Ereignis für die Familie würdigen. Deshalb werden bei uns die Einbürgerungsurkunden nicht zugeschickt oder in Büros ausgehändigt, sondern zweimal monatlich in einer feierlichen Zeremonie überreicht.

3. Jeder erhält die Chance auf einen eigenen Lebensentwurf und ein selbstbestimmtes Leben.

Wenn wir wollen, dass alle Menschen erkennen, dass unsere Gesellschaft jedem die Möglichkeit eröffnet, seine Wünsche und Träume zu verwirklichen, dann erfordert dies aber auch, dass alle die gleiche Chance auf einen eigenen Lebensentwurf haben. Nur wer seine Perspektiven in unserem Gesellschaftssystem sucht, erkennt und findet, wird immun gegen die Verlockungen des schnellen Geldes, den

scheinbaren Heilsversprechen des religiösen Fundamentalismus oder den tradierten Rollenmustern archaischer Parallelgesellschaften. Der Grundstein hierfür wird bereits in der ersten Lebensphase gelegt. Es ist uns wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche Anreize zu schaffen, die eigene Lebensführung in die Hand zu nehmen, anstatt in einer Opferrolle zu verharren und sich in einer Versorgungshaltung einzurichten.

Neben den Kindertagesstätten, den Schulen mit ihren Schulstationen, der Volkshochschule, der Musikschule und den Bibliotheken engagieren sich über 30 **Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** sowie Streetworker im Bezirk. Sie bieten den jungen Menschen ein gutes Lernfeld dafür, sich mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Meinungen und Haltungen auseinander zu setzen.

Das **Kinderbüro** bringt den jungen Neuköllnern ihr Rathaus auf spielerische Weise näher. Zweimal jährlich erkunden Schulkinder das Rathaus und befragen die Angestellten und Beamten vom Bürgermeister bis hin zur Poststelle.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Mädchen. Gerade an sie wird leider immer noch viel zu oft das Rollenklischee der Bestimmung als Frau und Mutter angelegt. In vielen Familien ist der Schlüsselbegriff für die männliche Identität nach wie vor die Virilität, also Kampfesmut, Zeugungskraft und Mannbarkeit, und die der weiblichen Identität die Virginität, also Keuschheit, Reinheit und Gehorsam. Für die Mädchen ist die Folge daraus die Nachrangigkeit von Bildung, Schulbesuch und Lernen.

Die Anforderungen der Hausarbeit und Versorgung von übrigen Familienmitgliedern hat eine höhere Priorität. Hieraus folgt häufig die frühe Herausnahme aus der Schule oder auch die Behinderung beim Erlernen von scheinbar unwichtigen oder unreinen Lehrstoffen, wie Biologie, Schwimmen, Sport oder Gesellschaftskunde.

Viele Mädchen wachsen in kinderreichen Familien und beengten Wohnverhältnissen auf. Schwierige Familienverhältnisse wie Alkohol- und Drogenabhängigkeit der Eltern, Traumatisierung durch Krieg und Flucht, vor allem aber häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch, fehlende Selbstbestimmung junger Frauen und Zwangsverheiratung sind keine Seltenheit. Deshalb haben wir fünf spezielle Freizeiteinrichtungen für Mädchen geschaffen. Für die Mädchen und jungen Frauen ist z.B. **MaDonna** vor allem ein Ort, an dem sie sich frei von den Zwängen zu Hause bewegen und unterhalten können. Die Mädchen mit Migrationshintergrund lernen dort, das Spannungsfeld ihrer Rolle als Mädchen und Frauen zwischen traditioneller islamischer Kultur und demokratischen Werten und Freiheiten zu verstehen und sich ihrer verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung bewusst zu werden.

Auch werden sie über ihre Rechte aufgeklärt, denn die wenigsten Besucherinnen des Mädchentreffs sind über ihre Rechte auf Schul- und Ausbildung, auf gewaltfreie Erziehung, auf freie Arbeitssuche und auf selbständige Partnerwahl informiert.

Aber auch im Erwachsenenbereich ist der Grundsatz der Gleichberechtigung nicht überall Teil des Bewusstseins. Die Rolle der Frau ist häufig nach wie vor allein durch ihre dienende Funktion für den Mann und die Erziehung der Kinder definiert. Die Anerkennung der Frau als ein dem Mann völlig ebenbüdiges, wenn nicht gar überlegenes – wie sich aus den erfolgreicher Schullaufbahnen schlussfolgern lässt – Lebewesen in der heutigen modernen Welt kollidiert gerade in Migrantenfamilien recht häufig mit praktizierten Familienriten. Ein selbstbestimmtes Leben nach einem eigenen Lebensentwurf ist gegenwärtig vielen Frauen verwehrt.

Für die Entwicklung der Kinder ist nicht so sehr der erworbene Bildungsstand der Eltern entscheidend. Viel wichtiger ist, welche Bedeutung die Eltern dem Bildungserwerb ihrer Kinder beimessen, Bildungshunger stimulieren und wie sie sie zum Lernen motivieren. Kinder von Analphabeten können ebenso gut lernen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen wie alle anderen, vorausgesetzt die Eltern fördern ihre Entwicklung und haben Vertrauen in die gesellschaftlichen Einrichtungen, die hier hilfreich sind. Dennoch wissen wir, dass ein Teil der jungen Menschen es besonders schwer hat, sich gegen die traditionelle Sichtweisen ihrer Eltern zu behaupten. Die Kinder zu stärken und die Ängste bei den Eltern abzubauen, das ist eine unserer wichtigen Aufgaben im Bezirk.

4. Ein tolerantes Neukölln akzeptiert jeden und hat klare Regeln.

Wer gegen diese Regeln verstößt, muss mit Intervention der Gemeinschaft rechnen.

Es ist sinnlos, Regeln aufzustellen, wenn keiner darauf achtet, dass sie eingehalten werden. Nur wer Regelverletzungen konsequent begegnet, bleibt glaubhaft. Deshalb darf sich auch Integration nicht im Konjunktiv erschöpfen, nicht bei dem Wunsch stehen bleiben „es wäre schön, wenn...“, sondern muss klar eingefordert werden. Dabei dürfen Sanktionen nicht tabu sein. Wir stimmen dem Europa-abgeordneten Cem Özdemir zu, der die Meinung vertritt: „Die Gesellschaft ist gehalten, die Erziehung der Kinder in ihren Werten durchzusetzen, bestenfalls mit den Eltern, notfalls gegen die Eltern.“

So setzen wir zum Beispiel die Schulpflicht durch. Denn es ist uns wichtig, dass Kinder die Schule besuchen. Nur mit einem guten Schulabschluss haben Jugendliche in einer Wissensgesellschaft eine Chance, einen Ausbildungsplatz und damit Arbeit zu finden für einen selbstverdienten Lebensunterhalt. Unsere Erfahrung zeigt, dass bei hartnäckigen Schulschwänzern gutes Zureden alleine nicht zu einer Verhaltensänderung führt. Deshalb verhängen wir Bußgelder gegen die Eltern von notorischen Schulverweigerern. Führt auch dies nicht dazu, dass der Jugendliche die Schule regelmäßig besucht, scheuen wir uns nicht, Schulschwänzer von der Polizei in die Schule bringen zu lassen. Hartnäckigen Schulverweigerern bieten wir außerdem die Möglichkeit, in einem Internat zu leben. Die Zustimmung der Eltern ist Voraussetzung. Durch die intensive Betreuung fernab vom gewohnten Umfeld lassen sich leichter Lösungen für die Probleme der Schüler finden.

Der Bezirk hat die Aufgabe, alle Bürger zu schützen. Deshalb müssen wir einschreiten, wenn Straftäter Straßen und Plätze Neuköllns unsicher machen. Ein besonderes Problem stellen die rd. 200 jugendlichen Intensivtäter dar, die zur Zeit in unserem Bezirk leben. Viele von ihnen stammen aus Einwandererfamilien und haben oft schon im Kindesalter dutzende Straftaten begangen. Auch sie lassen sich schwer nur durch Zureden oder milde Sanktionen von ihrem kriminellen Weg abbringen. Um ein Unrechtsbewusstsein zu schaffen, darf es aber gerade am Anfang einer kriminellen Karriere keine Toleranz geben. Deshalb befürworten wir ein schnelleres und härteres Eingreifen bei jugendlichen Straftätern. Es waren die für Neukölln zuständigen Jugendrichter, die als erste eine regionale Zuständigkeit erhielten und die das vereinfachte Jugendstrafverfahren als Neuköllner Modell im standardisierten Routinebetrieb einführten. Durch eine schnelle und effektive Zusammenarbeit von Gericht, Polizei, Schule und Jugendamt werden die Verfahren

gegen junge Straftäter beschleunigt, damit die Täter den Zusammenhang zwischen Straftat und Strafe begreifen.

Sanktionen und Strafen sind das letzte Mittel. Zunächst ist für uns der Präventivgedanke leitend. So unterstützt zum Beispiel seit 2003 das **Jugendrechtshaus** im Kinder- und Jugendzentrum Lessinghöhe Kinder, Jugendliche und ihre Eltern kostenlos bei Rechtsproblemen. Die Angebote erstrecken sich über wöchentliche Beratungszeiten mit Polizeibeamten oder einem Rechtsanwalt bis hin zu Projekttagen für Schulklassen. So wollen wir dazu beitragen, dass Jugendliche ein Rechtsbewusstsein entwickeln und lernen, wie man Konflikte ohne Gewalt löst.

Wir wollen verhindern, dass zum Beispiel ein 15-Jähriger es als Schwäche des Staates auslegt und als Freibrief für weitere Straftaten deutet, wenn er selbst nach mehreren begangenen Straftaten wie Körperverletzung, Raub oder Einbruch keine Freiheitsstrafe erhält. Um ein Schuld- und Unrechtsbewusstsein zu entwickeln, müssen Demokratieverständnis und Rechtsbewusstsein schon im Kindergarten- und Grundschulalter gefördert werden.

5. Leistungsbereitschaft und die eigenen Fähigkeiten wie Kompetenzen sind der Motor für den gesellschaftlichen Aufstieg.

„Jeder ist seines Glückes Schmied“ formuliert ein altes Sprichwort und umschreibt damit die Selbstverständlichkeit, dass jeder zuerst einmal für sich selbst und die Gestaltung seines Lebens die Verantwortung trägt. Erfolg ist zumeist das Resultat von eigenen Bemühungen. Die Bereitschaft, die eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten einzusetzen, Verantwortung zu tragen und sich diszipliniert in eine demokratische Gemeinschaft einzufügen, muss der Motor für den eigenen gesellschaftlichen Aufstieg sein. Ein gutes Selbstwertgefühl macht den Weg frei für den eigenen Lebensentwurf. Erreichte Ziele machen stolz auf die eigene Leistung. Das Sozialsystem hilft denen, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt sicherzustellen und ein Leben in Menschenwürde zu führen. Die Adaption des Sozialtransfers als alleinige Lebensgrundlage oder bequeme Sicherung der Grundbedürfnisse ist nicht Teil unserer Lebensphilosophie und deshalb akzeptieren wir nicht, dass es Menschen gibt, die unsere sozialen Sicherungen als Hängematte missbrauchen.

Der Abbau und das zusätzliche Fehlen der Arbeitsplätze für ungelernte und minder qualifizierte Arbeitskräfte zwingen uns zu einer enormen Anstrengung. Es gilt, junge Menschen aus bildungsfernen Familien für den beruflichen Aufstieg fit zu machen. Sie müssen eine Hürde überspringen und brauchen hierzu zuallererst die Freisetzung der eigenen Motivation: „Ich will!“, gefolgt von der Entwicklung der Grundvoraussetzungen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Verantwortungsbereitschaft und regelkonformem Verhalten. Nur wer akzeptieren kann sich in einer Hierarchie einzuordnen, ist in der Lage eine Berufsausbildung zu bestehen.

Die gewohnt mittelschichtorientierten Bildungssysteme müssen sich hier neu ausrichten. In Neukölln weist die Freudenbergstiftung mit ihrem Modellansatz **„Ein Quadratkilometer Bildung – kein Kind darf verloren gehen“** den richtigen Weg. In einer pädagogischen Werkstatt konzentrieren sich die Bemühungen, alle am Bildungsweg beteiligten Institutionen zu synchronisieren. Aufeinander abgestimmte

Konzepte erleichtern die Übergänge von der Kita in die Schule und von dort in die berufliche Ausbildung.

Jeder junge Neuköllner, ob alteingesessen oder zugewandert, der es geschafft hat aufzusteigen, ist ein Erfolg. Sie stellen wir in den Vordergrund, wir machen sie sichtbar. Sie sind ein Vorbild für alle anderen.

6. Bildung ist der Schlüssel zur Integration

Unter Bildung verstehen wir mehr als Deutschkenntnisse, gute Schulnoten und einen guten Schulabschluss. Bildung umfasst auch soziale Kompetenz, also die Fähigkeit, mit anderen tolerant und demokratisch umgehen zu können und andere Meinungen und Grenzen zu respektieren. Zur Bildung gehört auch die Fähigkeit, angesammeltes Wissen im Alltag und im Beruf erfolgreich umzusetzen. Das ist nur möglich, wenn auch Sekundärtugenden wie Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit erlernt werden. Nur wer in diesem Sinne gebildet ist, kann ein selbst bestimmtes Leben führen und gleichberechtigt teilhaben am Arbeitsmarkt und am sozialen, kulturellen und politischen Leben. Deshalb ist Bildung der Schlüssel zur Integration.

Die Schule kann jedoch nur auf dem Fundament aufbauen, das die Eltern gelegt haben. In Neukölln sind dazu viele Eltern aber nicht in der Lage. Zum einen, weil sie selbst nur über wenig Bildung verfügen, kaum Deutsch können oder zu sehr mit ihren eigenen Problemen belastet sind, um auf den Werdegang ihrer Kinder zu achten.

In anderen Familien scheitert es an der wirtschaftlichen Lage. Wenn eine Familie mit fünf Kindern in drei Zimmern wohnt, fehlt schlichtweg der Platz zum Lernen und Hausaufgabenmachen oder auch nur der Rückzugsraum zum Kindsein.

In etlichen traditionell geprägten Einwandererfamilien ist zudem der oberste Erziehungsgrundsatz die Unterwerfung des Kindes, notfalls mit Gewalt. In einer solchen Atmosphäre kann ein Mensch nur schwer die soziale Kompetenz erlernen, die er braucht, um sich in der demokratischen, freiheitlichen Gemeinschaft einzubringen und erfolgreich zu sein.

So werden Eltern leider oft zur größten Gefahr für die Zukunft ihrer Kinder, die an den Defiziten des Elternhauses zu scheitern drohen. In diesen Fällen muss die Gesellschaft intervenieren und versuchen, die Mängel durch besonders gute Kitas und Schulen auszugleichen. Denn unser Ziel ist es, jedem Kind die gleichen Bildungschancen zu eröffnen, unabhängig von der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Herkunft der Eltern. Das beginnt bereits in der frühen Phase mit der verbindlichen Vorschulerziehung, die man auch Kindergartenpflicht nennen kann. Je mehr Zeit ein Kind in der Schule verbringt, umso eher gelingt es, Nachlässigkeiten von Elternhäusern auszugleichen. Deshalb werden wir alle Grundschulen in Nord-Neukölln zu Ganztagschulen ausbauen. Um die Schulen im Umgang mit schwierigen Kindern zu unterstützen und das Lernklima zu verbessern, haben wir bereits jetzt an allen Grundschulen in Nord-Neukölln **Schulstationen** geschaffen. Hier arbeiten Sozialpädagogen eng mit den Kindern zusammen, die Probleme haben, um sie psychisch und sozial zu stabilisieren und für das Lernen zu motivieren. Die Sozialpädagogen beraten außerdem Eltern und Lehrer mit dem Ziel, Gewaltbereitschaft und Schuldistanz abzubauen.

Eine wichtige Säule, um soziale Kompetenz zu trainieren, ist die **Musikschule Paul Hindemith**. In einer der größten Musikschulen führen über 200 Lehrkräfte ca. 4.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene an die Welt der Musik heran. Beim gemeinsamen Musizieren lernen Kinder mit unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft Teamfähigkeit. Die Musikschule befähigt sie, aufeinander einzugehen, zuzuhören und andere mit ihren Schwächen und Stärken zu akzeptieren. Die Musikschule Paul Hindemith ist somit eine wichtige Kulturwerkstatt der Integration. Keine musisch orientierte Familie darf Neukölln verlassen, weil ihr Kind nicht gefördert wird. Deshalb gibt es keine Wartezeiten für die Musikschule und einen hohen Finanztransfer für die Schule.

Mit ihrem Projekt „**Musik – Sprache – Bewegung**“ soll jedes Neuköllner Kind zwischen 3 und 7 Jahren ein Jahr kostenlose Förderung durch Musik erhalten. Ausgangspunkt der Projektidee sind die über Erwartungen positiven Ergebnisse praktischer Projektarbeit der Musikschule mit Kindern aus Schulen und Kitas in den sozialen Brennpunkten Nord-Neuköllns. Der Unterricht findet in Kindertagesstätten in Gruppen von 8 bis max. 12 Kindern statt und ist kostenfrei. Derzeit können etwa 150 Kinder gefördert werden, wobei die Nachfrage wesentlich höher ist.

Um Kreativität und Spaß am Lernen anzufachen, haben wir 2007 den **Mitmachzirkus Mondeo** ins Leben gerufen, den seitdem bereits 12.000 Grundschulkinder durchlaufen haben. Zudem vermitteln **interkulturelle Moderatoren** zwischen türkischen und arabischen Eltern, der Schule und anderen Kooperationspartnern. Sie fördern das Verständnis der Eltern für die Erfordernisse der säkularen, demokratischen Gesellschaft und umgekehrt das Verständnis der Lehrer für Werte und Traditionen der muslimischen Kulturen.

Damit unsere Kinder, aber auch die Lehrer, ohne Angst zur Schule gehen und dort ungestört lernen können, organisieren und finanzieren wir seit 2007 einen privaten **Wachschutz** für die Schulen. Die Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes sorgen dafür, dass keine schulfremden Personen auf das Schulgelände gelangen, und kontrollieren, dass die Schüler keine Waffen mit in die Klassenräume bringen. Seit der Einführung des Wachschutzes ist die Kriminalität an den Schulen erheblich zurückgegangen und es gab seitdem nicht einen einzigen Gewaltvorfall mehr, der von außen in die Schule hineingetragen wurde.

Seit 2007 arbeiten wir an dem einzigartigen Pilotprojekt: **Campus Rütli -CR²**. Wir wollen in einem sozial schwierigen Viertel rund um die Rütlistraße die Erziehungs- und Bildungsangebote zu einer neuen Form öffentlicher Infrastruktur zusammenfassen, um so den Familien einen einfacheren Zugang zu ermöglichen. Dazu gehören eine Grundschule, eine Hauptschule und eine Realschule. Diese drei Schulen fusionieren seit Herbst 2008 zu einer Gemeinschaftsschule und bilden den Kern von Campus Rütli. Auf dem 47.000 Quadratmeter großen Gelände kommen zwei Kindergärten hinzu, ein Spielplatz, ein Jugendfreizeitheim, Kurse der Volkshochschule und der Musikschule, der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes, der Sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes sowie die Berufsfindungskurse freier Träger. Ziel ist es, auf dem Campus die soziale Kompetenz des Quartiers zu bündeln und nicht wie heute durch gegliederte Institutionen zu selektieren. Jeder, der in diesem Gebiet wohnt, muss zur Erlangung öffentlicher Dienstleistungen immer wieder auf den Campus. Hierdurch muss zwangsläufig im Laufe der Jahre ein Bekanntheits- und Beziehungsgeflecht

entstehen, so dass sich auch im Bewusstsein der Menschen ein Nachbarschaftsgefühl einstellt.

7. Integrationspolitik kann nie durch Projektpolitik gelingen.

Integration ist ein dauerhafter Prozess, der in alle Lebenslagen eingreift. Projekte mit begrenzter Laufzeit und partiellem Wirkungsbereich wie –grad sind deshalb als Steuerungselemente nicht geeignet. Sie geben Hinweis auf erfolgreiche Handlungsansätze oder helfen Irrwege zu vermeiden. Ihr Focus ist aber immer punktuell, Integration muss jedoch einen umfassenden strategischen Ansatz haben. Damit Integration dauerhaft gelingt, müssen sich die Regelsysteme an die sich wandelnde Lebenswirklichkeit anpassen. Unter den gesellschaftlichen Regelsystemen verstehen wir die grundlegenden Einrichtungen des Staates, die ein regelkonformes Leben aller im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung gewährleisten. Dazu gehören Kindergärten und Schulen ebenso wie die Bezirksbehörden, etwa das Jugendamt und Sozialamt/JobCenter, aber auch Polizei und Justiz.

8. Regelsysteme müssen sich dem Bevölkerungswandel anpassen

Die frühkindliche Förderung ist insbesondere für die Kinder aus Einwandererfamilien von elementarer Bedeutung. Wir müssen ihre frühe Sprachförderung intensivieren, um die Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern. Da viele Eltern die Bedeutung der vorschulischen Erziehung nicht kennen und gerade bildungsferne Elternhäuser ihre Kinder nicht in die Kitas bringen, treten wir für einen verbindlichen Besuch des Kindergartens ab dem dritten Lebensjahr ein (Kindergartenpflicht). Die Schulen müssen nach dem Sozialstatus ihres Einzugsbereiches differenziert mit Personal und Sachmitteln ausgestattet werden. In anderen Ländern ist dies heute bereits selbstverständlich, wie auch die Kompetenz, Lehrpersonal selbst rekrutieren zu können.

Zudem hat sich die Hauptschule als Schulform überlebt, da sie sich zur „Restschule“ für problembelastete Kinder entwickelt hat und ihre Absolventen von vornherein stigmatisiert sind. Wir unterstützen die Gemeinschaftsschule/Sekundarschule als Modellform und ein zweigliedriges Schulsystem.

Im Rahmen unserer kommunalen Kompetenz versuchen wir, die Regelsysteme zumindest zu einer engeren und direkteren Zusammenarbeit zu stimulieren. Dafür haben wir das **Modell „UDO“** entwickelt. Es geht dabei um eine enge Kooperation, die **unmittelbar, direkt** und immer **operativ** sein muss. Es waren die Gewaltvorfälle an Schulen, die zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Jugendamt führten. Einzelne Personen und einzelne Familien, die den sozialen Frieden extrem stören, werden benannt. Jede Institution kann auf sich allein gestellt ein solches Problem nicht lösen. Auf Vorfälle muss eine unmittelbare Reaktion erfolgen. Alle Beteiligten vor Ort müssen hierzu auf kurzem Weg miteinander reden. Sie müssen „operativ“ werden und entscheiden, was zu tun ist. Das ist die Grundlage, die erforderlich ist, um in Gebieten wie z.B. Neukölln-Nord langfristig für eine solide effektive Zusammenarbeit zu sorgen. So haben wir die

Chance, aus einem anonymen Großstadtbezirk ein Miteinander aus mehreren kleinen Dörfern / Kiezen zu gestalten.

Im Versuchsstadium befindet sich die kiezorientierte „**Task Force**“, mit denen wir in eng definierten Sozialräumen durch ein System von aufeinander abgestimmten präventiven und intervenierenden Maßnahmen Probleme untersuchen und lösen. Hier arbeiten die unterschiedlichen, mit den Verursachern eines Konflikts befassten Behörden eng zusammen. Auf regelmäßig einberufenen „Fallkonferenzen“ werden alle vorliegenden Erkenntnisse ausgetauscht. Die Task Force entwickelt bezogen auf den konkreten Einzelfall Hilfe- und Betreuungsangebote, informiert sich über eingeleitete Sanktionsmaßnahmen, lässt sich regelmäßig über die Situation der betreuten Anwohner berichten und veranlasst bei Bedarf weitere Maßnahmen oder zieht andere Institutionen zur Klärung der Sachlage hinzu.

In beiden Modellen UDO, und Task Force, gilt der Grundsatz, präventive Maßnahmen und das Eingreifen der Behörde direkt, wirksam und sinnvoll miteinander zu verbinden.

9. Unsere Integrationspolitik orientiert sich an den konkreten Problemen der Menschen.

Es gibt zahlreiche philosophische Ansätze und Betrachtungsweisen zum Thema Integration. Für uns sind die konkreten Bedürfnisse der in Neukölln lebenden Menschen entscheidend. Wir nehmen ihre Probleme ernst, wir schauen hin und kümmern uns. Integrationspolitik ist für uns pragmatische, handlungsorientierte Stadtpolitik. Strategien werden regelmäßig evaluiert. Ist eine Strategie nicht mehr erfolgreich, wird sie verändert.

Teil der Aktivierung der ethnischen Gemeinschaften ist die Beratungseinrichtung „**Bürger helfen Bürgern**“. Türkische und arabische Vereine und Zentren bieten wochentags im Rathaus Beratung in ihrer jeweiligen Muttersprache an. 2500 Beratungsgespräche im Jahr ermöglichen Zuwanderern eine Orientierung.

Ein inzwischen vielfach national und international prämiertes Beispiel für handlungsorientierte Stadtpolitik sind die „**Stadtteilmütter**“. Wir haben erkannt, dass unsere Regelsysteme bildungsferne Einwandererfamilien nur schlecht erreichen. Deshalb qualifizieren wir arbeitslose Mütter nichtdeutscher Herkunft in Fragen der Erziehung, Bildung und Gesundheit. Anschließend besuchen sie andere Familien ihrer eigenen ethnischen Gemeinschaft und werben zum Beispiel für einen Sprachkurs oder einen frühzeitigen Kitabesuch der Kinder, helfen bei Schwierigkeiten in der Schule oder schaffen ein Bewusstsein dafür, wie wichtig regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen sind. Die Stadtteilmütter erreichen über 2.000 Familien mit insgesamt 8.000 Kindern.

Erfolgreich ist auch die Kooperation zwischen dem **Albert-Schweitzer-Gymnasium**, dem Türkisch-Deutschen Zentrum und dem Quartiersmanagement Flughafenstraße. Die türkischstämmigen Mitarbeiter des Zentrums organisieren vielfältige Freizeitangebote für die Schüler, bieten Nachhilfe an und vermitteln zwischen Eltern und Lehrern. Durch die Zusammenarbeit konnten wir das Vertrauen der türkischen Eltern gewinnen und das Gymnasium, das von Schließung bedroht war, retten.

Die Schülerzahl stieg von 390 auf 610. Nun ist die Oberschule mit ihrem Ganztagskonzept auf der Wunschliste der Eltern weit oben. Die Zahl der Abiturienten wurde bis 2009 vervierfacht und wird sich 2010 versiebenfacht haben.

Für gefährdete Schüler zwischen 12 und 18 Jahren bietet der Jugendhilfeträger EJF-Lazarus in Kooperation mit dem Neuköllner Schul- und Jugendamt eine Internatsunterbringung im „**Interkulturellen Bildungs- und Jugendzentrum**“ am Buckower Damm an. Da ein Großteil der jugendlichen Straftäter einen arabischen oder türkischen Hintergrund hat, ist das Konzept speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtet. Wir müssen die auffangen und ihnen eine Chance der Milieulösung geben, die sich selbst noch nicht aufgegeben haben. Auf sie wartet sonst nur noch die Jugendstrafanstalt. Wir können es uns nicht leisten, ganze Generationen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verloren zu geben. Sie brauchen eine engmaschige Begleitung, um sich zu stabilisieren und schulisch wieder Fuß zu fassen.

10. Wir definieren und lösen Probleme gemeinsam.

Wir haben seit dem Jahr 2002 den Neuköllner **Migrationsbeirat** eingerichtet, in dem neben Vertretern von 12 Migrantenvereinen auch Repräsentanten der großen Wohlfahrtsorganisationen, der Bereiche Schule und Polizei sowie der Politik und Verwaltung vertreten sind. Seine Mitglieder tauschen sich untereinander aus, es entstehen starke Netzwerke. Missstände im Bezirk werden benannt und Empfehlungen an die Politik werden eingebracht. Schon so manche gute Idee wurde im Kreis der Beiratsmitglieder geboren und mit Tatkraft umgesetzt.

Mit der Einrichtung des inzwischen 11. **Quartiersmanagements** werden systematisch die Bewohner mit den lokalen Akteuren und den Institutionen verknüpft. Ca. 400 Bürger übernehmen Verantwortung in den Beiräten und etwa 5.000 Menschen nehmen teil an den vielfältigen Initiativen, Projekten und Veranstaltungen. Es ist gelungen, Empowerment zu stimulieren und Menschen aus unterschiedlichen Ethnien und Kulturen zu motivieren, ihren Sozialraum zu gestalten, aber auch Verantwortung für seine Entwicklung zu übernehmen. Wir setzen Engagement gegen Lethargie und Resignation. Wir geben Hilfestellungen, damit sich die Anwohner als eine Gemeinschaft verstehen. Wir versuchen, aus Bewohnern Nachbarn zu machen, die sich selbstbewusst engagieren und sich mit ihrem Wohnumfeld identifizieren. Dadurch ermöglichen wir Verantwortungsbewusstsein und soziale Kontrolle. Die Mitarbeiterteams in den Quartiersmanagementgebieten sind ebenfalls ethnisch und kulturell gemischt und finden deshalb leicht einen Zugang zu den Anwohnern.

So lernen die Bürger wieder, miteinander zu reden und die kleinen und großen sozialen Probleme gemeinsam zu bewältigen.

In 10 Jahren ist Neukölln-Nord mit seinen 150.000 Einwohnern eine Stadt, in der Menschen mit Migrationshintergrund mindestens eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit stellen. Es gibt hier keine Mehrheitsgesellschaft mehr, da auch die Einwanderer sich wieder in einzelne Kulturgruppen unterteilen. Gleichwohl muss Neukölln eine Stadt im europäischen Wertekontext bleiben. Um ein demokratisches, friedliches und tolerantes Gemeinwesen auch für die Zukunft sicherzustellen, heißt unser gegenwärtiger alternativloser Auftrag: **Integration**.